



Diskussionspapiere
Discussion Papers

Diskussionspapier Nr. 87

Die Migration von Ost- nach Westdeutschland
- Absichtserklärung und Realisierung

von
Felix Büchel und Johannes Schwarze

Die in diesem Papier vertretenen Auffassungen liegen ausschließlich in der Verantwortung des Verfassers und nicht in der des Instituts.

Opinions expressed in this paper are those of the author and do not necessarily reflect views of the Institute.

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung

Diskussionspapier Nr. 87

Die Migration von Ost- nach Westdeutschland - Absichtserklärung und Realisierung

von

Felix Büchel und Johannes Schwarze

Berlin, im Januar 1994

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin
Königin-Luise-Str. 5, 14191 Berlin
Telefon: 49-30 - 82 991-0
Telefax: 49-30 - 82 991-200

1 Einleitung

Die Zahl der Personen, die von Ost- nach Westdeutschland umziehen, ist in letzter Zeit stark rückläufig: Sie fiel von 388.000 im Jahr 1989 auf rund die Hälfte im Jahr 1992¹.

Es wäre nun jedoch aus zweierlei Gründen verfehlt, die ostdeutsche Abwanderungsproblematik aufgrund dieser rückläufigen Zahlen als weitgehend gelöst zu betrachten.

Zum einen sind in der Migrationspopulation besonders leistungsfähige Erwerbspersonen überrepräsentiert. Zwar erscheint dies aus gesamtwirtschaftlicher Perspektive unter dem Aspekt einer möglichst effizienten Faktorallokation als unproblematisch. Ein systematischer Verlust an hochqualifizierten Personen führt jedoch zu einer Schwächung des ostdeutschen Arbeitskräftepotentials, die zumindest aus arbeitsmarktpolitischer Sicht als negativ zu bewerten ist (vgl. Dietz/Gommlich/Karr 1992, S. 500). Bosch/Knuth (1993, S. 306) sprechen in diesem Zusammenhang von einer "nennenswerten Bedrohung der ostdeutschen Wirtschaft"; Pessimisten sehen Ostdeutschland bereits als zweiten "Mezzogiorno" (Hallett/Ma 1993).

Zum anderen läßt sich aus der rückläufigen Zahl der Ost-West-Migranten aufgrund der Kürze der Zeitreihe noch keineswegs auf einen stabilen Trend schließen. Noch im Frühjahr 1991 erklärte mehr als ein Drittel der ostdeutschen Befragten, zumindest "unter Umständen" nach Westdeutschland umziehen zu wollen². In Ostdeutschland besteht somit nach wie vor ein sehr großes "Umzugspotential".

Da zur tatsächlichen Migration bislang nur wenig aussagefähiges Datenmaterial vorlag, wurden in Analysen zur Ost-West-Migration häufig Befragungsergebnisse zur Umzugsabsicht genutzt (vgl. Scheremet/Schupp 1991, Schwarze/Wagner 1992, Wagner 1992, Burda 1993). Die aus diesen Arbeiten gewonnenen Ergebnisse sind jedoch nur dann geeignet, leistungsfähige Migrationsprognosen zu ermöglichen, wenn das reale Umzugsverhalten tatsächlich mit einer zuvor geäußerten Umzugsabsicht zusammenhängt. Darüber hinaus ist zu klären, welche Personengruppen denn eine Umzugsabsicht tatsächlich in die Realität umsetzen, und welche nicht.

Läßt sich ein Zusammenhang von Umzugsabsicht- und Umzugsrealisierung feststellen und lassen sich gleichzeitig die Determinanten dieser Absichtsrealisierung bestimmen, so sind nicht nur wich-

1 Quelle: Statistisches Bundesamt. Ein entgegengesetzter Trend ist bei Pendlern mit Wohnsitz in Ost- und Arbeitsplatz in Westdeutschland zu beobachten; die Analyse des Pendlerverhaltens ist allerdings nicht Gegenstand der vorliegenden Studie.

2 (vgl. Abschnitt 3, Tab. 1).

tige mittelfristige Prognosehilfen für die verschiedensten Planungsbereiche verfügbar, sondern auch migrationsspezifische Informationen für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, die die Abwanderung von hochqualifizierten Arbeitskräften aus Ostdeutschland verringern sollen.

In diesem Beitrag wird geprüft, inwieweit Umzugsabsicht und Umzugsrealisierung zusammenhängen. Mit vier Befragungswellen (Jahre 1990 bis 1993) des Sozio-oekonomischen Panels SOEP liegen mittlerweile für die neuen Bundesländer genügend Informationen vor, um diese Fragestellung bearbeiten zu können.

2 Theoretische Vorüberlegungen

Die Vielzahl der in letzter Zeit tatsächlich realisierten und in naher Zukunft erwarteten Wanderungsbewegungen mit dem Ziel Mittel- und Westeuropa hat der europäischen Migrationsforschung in jüngster Zeit zu einer stark erhöhten Aufmerksamkeit verholfen (vgl. z.B. Poulain 1993, Siebert 1993, Zimmermann 1993, Delbrück/Raffelhüsch 1993). Auch in Deutschland erlebt die Migrationsforschung unter dem Eindruck der innenpolitischen Diskussion der generellen Einwanderungsproblematik eine erhöhte Beachtung. Im Mittelpunkt des Interesses steht die Erforschung der Immigration aus osteuropäischen Ländern (vgl. z.B. Hönekopp 1991, Schewe 1992, Körner 1993). Als innerdeutscher Spezialfall dieser Ost-West-Migration kann die Migration von Ost- nach Westdeutschland gelten, die die wirtschaftspolitische Diskussion in Deutschland seit dem Fall der Mauer beschäftigt (vgl. erste Bewertungen z.B. in: Autorengemeinschaft 1992, Dietz/Gommlich/Karr 1992, Koller/Jung-Hammon 1993).

Die meisten migrationstheoretischen Erklärungsansätze³ basieren auf der offensichtlich unstrittigen Annahme, daß Individuen sich durch eine regionale Veränderung eine Verbesserung ihrer Lebensumstände erhoffen. Sieht man von einer Migration als Folge von Kriegsereignissen und politischer Verfolgung ab, so kommt der Veränderung der Arbeits- bzw. Verdienstmöglichkeiten in diesem Kalkül eine besondere Bedeutung zu. Die Gegenüberstellung der Transaktionskosten eines Umzugs mit den - in Abhängigkeit vom individuellen Planungshorizont abdiskontierten - erwarteten Erträgen (meist über die Einkommensdifferenz operationalisiert) führt zu einer Modellierung des Umzugskalküls innerhalb eines klassischen humankapitaltheoretischen Ansatzes (Sjaastad 1962). Dabei wird erkennbar, daß weniger die objektive Veränderung der Lebensbedingungen, sondern vielmehr die diesbezügliche Erwartungshaltung die migrationsentscheidende Rolle spielt (Harris/Todaro 1970). Eine wichtige Modellerweiterung unter Berücksichtigung asymmetrischer In-

3 Die folgende knappe Präsentation der wichtigsten Entwicklungslinien der Migrationsforschung orientiert sich an der Darstellung von Delbrück/Raffelhüsch (1993).

formation führt zur Feststellung, daß unterqualifizierte Arbeitskräfte eine humankapitaltheoretisch nicht fundierte überdurchschnittlich starke Migrationsneigung entwickeln können: Dies ist dann der Fall, wenn die Arbeitsnachfrager in der Zielregion aufgrund fehlender Vergleichbarkeit der Bildungsabschlüsse nicht über individuelle, sondern allein über gruppen- (bzw. länder-) bezogene Informationen bezüglich der Arbeitsproduktivität der Migranten verfügen (Katz/Stark 1987).

Eine wichtige Nebenlinie der Migrationsforschung versucht, die Heterogenität individueller Nutzenfunktionen zu berücksichtigen. Unter Verwendung eines Ansatzes, der ursprünglich im Rahmen der Verkehrsplanung entwickelt wurde, wird in einem Zufallsnutzenmodell eine deterministische und eine stochastische Wahlhandlungskomponente unterschieden (McFadden 1973). Die empirische Überprüfbarkeit dieses Ansatzes leidet allerdings unter der praktischen Schwierigkeit, einzelne Bestimmungsgrößen des Modells geeignet spezifizieren zu können (vgl. Delbrück/Raffelhüschen 1993, S. 354).

Prognosetauglicher und in seiner Relevanz unbestritten ist der sog. Gravitationsansatz, der Migration unter "physikalischen" Gesichtspunkten erklären will (Haynes/Fotheringham 1984). Die Migrationsentscheidung von i nach j (M_{ij}) wird in Abhängigkeit der spezifischen Lebensbedingungen der Ursprungsregion (U_i : "push-Faktoren") sowie jenen der Zielregion (Z_j : "pull"-Faktoren) getroffen; mitberücksichtigt wird - aus Kostenerwägungen, die soziale und monetäre Transaktionskosten einschließen - die Distanz D_{ij} zwischen Ursprungs- und Zielregion:

$$(1) \quad M_{ij} = f(U_i, Z_j, D_{ij}).$$

Dieser grundlegende Ansatz eignet sich auch als Ausgangspunkt für eine mikroökonomische Migrations-Modellierung. Wir gestalten ein entsprechendes Modell im Rahmen des klassischen nachfrageorientierten Erklärungsansatzes von Migrationsentscheidungen (vgl. Delbrück/Raffelhüschen 1993, S. 343 f.).

Die in Gleichung (1) dargestellte Modellspezifikation berücksichtigt in ihrer allgemeinen Form allerdings sehr heterogene Verhältnisse in Ursprungs- und Zielregion. Wir unterstellen relativ homogene Lebensverhältnisse in der von uns untersuchten Zielregion, den alten Ländern der Bundesrepublik Deutschland. Entsprechend berücksichtigen wir "Pull"-Elemente der Faktorgruppe Z_j nicht in Form der tatsächlichen Gegebenheiten am Zielort der Migranten, sondern bilden die Erwartungen an die neuen Lebens- und Berufschancen am Zielort sowohl in objektiver Form (Ausbildungsniveau) als auch über subjektive Einschätzungen (Fragen nach situativer Lohngerechtigkeit und drohender Arbeitslosigkeit) nach.

Des weiteren unterstellen wir, daß die räumliche Distanz zwischen Ursprungs- und Zielregion die Migrationsentscheidung nicht in einem solchem Maße beeinträchtigt, daß eine explizite Berücksichtigung der in Abhängigkeit dieser Distanz variierenden Kosten erforderlich wäre. In der Konsequenz ergibt sich ein "push-pull"-Modell mit "pull"-Elementen, die bereits am Ursprungsort der Migranten operationalisiert werden.

Eine Migrationsabsicht bzw. -entscheidung M_{ij} wird dann gefaßt, wenn der personenbezogene individuelle Nutzen U_i in der Ursprungsregion i unter dem erwarteten (nicht beobachteten) Nutzen U_j nach geplanter bzw. erfolgter Migration liegt. Die Budgetrestriktion eines migrationsabwägenden Individuums wird dabei nicht als Randbedingung berücksichtigt (vgl. Delbrück/Raffelhüsch 1993, S. 343), sondern über deren wichtigsten Indikatoren wie Haushaltseinkommen u.a. als exogene Variablen in das Modell integriert. Gesucht sind diejenigen nutzenrelevanten Determinanten dieses Entscheidungskalküls, die eine (beobachtete) Migrationsabsicht bzw. -realisierung abschwächen bzw. begünstigen.

Die Untersuchung erfolgt nicht auf Haushalts-, sondern auf Personenebene. Motiviert wird diese Vorgehensweise durch die forschungsleitende Hypothese, daß Migrationsentscheidungen - obwohl in aller Regel in ihrer Konsequenz mehrere oder gar sämtliche Familien- bzw. Haushaltsmitglieder betreffend - letztlich immer auf individuellen Entscheidungen basieren (vgl. Delbrück/Raffelhüsch 1993, S. 314). Es ist evident, daß in diesem individuellen Entscheidungskalkül die Haushaltssituation eine wesentliche Rolle spielt. Informationen zum Haushaltszusammenhang wie Familienstand, Berufstätigkeit des Partners, Kinderzahl, Haushaltseinkommen u.a. gehen deshalb ergänzend zu den individuellen Merkmalen in die Analyse ein.

Wir verwenden das gleiche Modell sowohl für die Untersuchung der Migrationsabsicht als auch für die Migrationsrealisierung, da wir für beide Entscheidungssituationen gleiche Einflußfaktoren unterstellen. Gleichung (1) reduziert sich somit auf:

$$(2) \quad M_{ij} = f(U_i, Z_j),$$

M_{ij} = ist die nicht direkt beobachtbare Nutzendifferenz $Z_j - U_i$. Es gilt:

$M_{ij} = 0$, falls $Z_j - U_i \leq 0$ und

$M_{ij} > 0$, falls $Z_j - U_i > 0$.

In die Nutzenfunktion gehen persönliche, weitgehend unveränderliche Merkmale, objektive und subjektive individuelle Arbeitsmarktcharakteristika, Haushaltsinformationen, sowie Merkmale des Wohnortes ein.

3 Empirische Untersuchung

3.1 Datenbasis

Die Untersuchung basiert auf Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP). Diese Datenbasis enthält für die Bundesrepublik repräsentative Längsschnittinformationen auf Haushalts- und Personenebene. Die erste Erhebung fand im Jahre 1984 statt. Seit 1990 werden zusätzlich Daten aus ost-deutschen Haushalten erhoben. In der ersten Welle (Ost) wurden rund 2.200 Haushalte mit über 4.400 Personen im Alter von 16 Jahren und älter befragt. Diese Ausgangspopulation wird - wie die westdeutsche Panelpopulation - in jährlichen Abständen wiederbefragt (zu Einzelheiten vgl. Schupp/Wagner 1991). In der vorliegenden Untersuchung werden die ersten vier Wellen (Befragungsjahre 1990 bis 1993) des SOEP für die neuen Bundesländer ausgewertet.

3.2 Ökonometrisches Modell

Der Zusammenhang zwischen der Migrationsabsicht und der Migrationsrealisierung wird als zweistufiges sequentielles Probitmodell spezifiziert (vgl. Amemiya 1986, S. 310 f.). Auf der ersten Stufe wird die Migrationsabsicht, auf der zweiten Stufe die Migrationsrealisierung jeweils als binäres Entscheidungsmodell formuliert. Der sequentielle Charakter dieser zeitlich nacheinander erfolgenden Entscheidungen ergibt sich daraus, daß auf der zweiten Stufe nur noch diejenigen Personen betrachtet werden, die auf der ersten Stufe eine Migrationsabsicht geäußert haben. Die Beschränkung der zweiten Auswertungsstufe auf den Personenkreis mit einer explizit geäußerten Migrationsabsicht erfolgt aus der Überlegung, daß eine gezielte wirtschaftspolitische Einwirkungsmöglichkeit auf den Migrationsprozeß nur bei dieser Personengruppe gegeben ist.

Eine entsprechende Steuerung kann jedoch allein dann erfolgsversprechend erfolgen, wenn ein Zusammenhang zwischen Migrationsabsicht und -realisierung besteht. Daß ein solcher Zusammenhang tatsächlich besteht, zeigt Tabelle 1. Die gewählte sequentielle Modellierung des Entscheidungsproblems erweist sich damit als gerechtfertigt. In Tabelle 1 ist die von den im SOEP befragten Personen geäußerte Absicht, eventuell nach Westdeutschland umziehen zu wollen (im folgenden kurz: "Umzugsabsicht"), dem später tatsächlich beobachtbaren Migrationsverhalten ("Absichtsrealisierung") gegenübergestellt.

Tab. 1: Absichtserklärung im Jahre 1991 und Realisierung eines Umzuges zwischen Befragungen 1991 und 1993 von Ost- nach Westdeutschland

	Kein Umzug	Umzug	Total	Fallzahlen
Keine Umzugsabsicht	99.6%	0.4%	100%	2.537
				(63.9%)
Umzugsabsicht	95.0%	5.0%	100%	1.435
				(36.1%)
Fallzahlen	3.892	80		3.972
	(98.0%)	(2.0%)		(100%)

Von den im Jahr 1991 insgesamt 3972 befragten Personen äußerten 1435 oder 36,1% die Absicht, entweder gerne oder immerhin "unter Umständen" nach Westdeutschland⁴ umziehen zu wollen. Von den 2537 Personen ohne Umzugsabsicht realisierten in den zwei folgenden Jahren nur 9 einen "spontanen" Umzug. Dies entspricht einem verschwindend geringen Anteil von 0,4%. Eine deutlich andere Relation zwischen Umzugsabsicht und späterer Realisierung ergibt sich für die 1435 tendenziell umzugswilligen Personen, von denen immerhin 5,0% ihre Absicht in den folgenden zwei Jahren in die Tat umsetzten. Zwei Ergebnisse lassen sich festhalten: Zum einen besteht ein deutlicher Zusammenhang zwischen der geäußerten Umzugsabsicht und der späteren Realisierung; das für diese Untersuchung gewählte sequentielle Modell scheint daher angemessen. Allerdings ist die Anzahl der tatsächlich umgezogenen Personen deutlich geringer als die der Personen, die zuvor eine Umzugsabsicht geäußert hatten.

Im ökonometrischen Modell werden die zeitlich nacheinander beobachteten Entscheidungen (bzw. die Absicht) wie folgt modelliert:

Stufe 1 ist die Migrationsabsicht Y_1 in $t=1$:

$$Y_1 \begin{cases} 0: \text{keine Migrationsabsicht in } t=1 \\ 1: \text{Migrationsabsicht in } t=1 \end{cases}$$

⁴ Im folgenden kurz für: Westdeutschland und den westlichen Teil Berlins.

Auf der zweiten Stufe wird ein Modell für diejenigen Personen formuliert, die in $t=1$ eine Migrationsabsicht geäußert haben:

$$Y_2 \begin{cases} 0: \text{keine Migration in } t=2 \\ 1: \text{Migration in } t=2 \end{cases} \quad | \quad Y_1 = 1$$

Unterstellt man, daß die in Abschnitt 2 abgeleitete Nutzendifferenz M_{ij} sowohl für die Migrationsabsicht (M_{ij1}) als auch deren Realisierung (M_{ij2}) gilt, so läßt sich das zweistufige sequentielle Modell als Schwellenwertmodell formulieren. M_{ij1} und M_{ij2} sind latente Variablen, die sich nicht beobachten lassen. Beobachtet werden die Variablen Y_1 und Y_2 :

$$(3) \quad P(Y_1 = 1) = P(M_{ij1} > 0),$$

$$(4) \quad P(Y_2 = 1 | Y_1 = 1) = P(M_{ij2} > 0).$$

3.3 Untersuchungsdesign

Als Stichzeitpunkt für die Erhebung der Umzugsabsicht (Y_1) wird der Befragungszeitpunkt 1991 bestimmt. Die vier vorgegebenen Ausprägungen der Frage "Könnten Sie sich (...) vorstellen, in den westlichen Teil Deutschlands, also die alte BRD oder Westberlin, umzuziehen?"⁵ werden in einer binären Variable zusammengefaßt. Als positive Umzugsabsicht ($Y_1=1$) werden die "Ja"-Antworten gewertet ("Ja, gerne" oder "ja, unter Umständen"), als Verbleibsabsicht ($Y_1=0$) die Antworten "eher nein" oder "auf keinen Fall".

Für alle Untersuchungspersonen wird sodann geprüft, ob zwischen der Befragung des Jahres 1991 und dem Erhebungszeitpunkt des Jahres 1993 ein Umzug von Ost- nach Westdeutschland realisiert wurde oder nicht. Diese Information ist auch für diejenigen Personen verfügbar, die nach einem Umzug in den Westen kein Interview mehr gewährt haben. Wurde im Zeitraum 1991 bis 1993 ein Umzug realisiert, dann erhält die Y_2 den Wert = 1, ansonsten den Wert = 0.

Die Auswahl der Einflußfaktoren des Migrationsverhaltens berücksichtigt die vorliegenden theoreti-

⁵ Die Frage wurde nur gestellt, falls die vorhergehende Filterfrage zogen, z.B. aus familiären oder beruflichen Gründen?" nicht beantwortet wurde.

en, von hier wegzukaum denkbar" beantwortet wurde.

schen und empirischen Erkenntnisse der Migrationsforschung, wobei die besondere ost-west-deutsche Situation berücksichtigt werden muß (vgl. dazu insbesondere Burda 1993 und Schwarze/Wagner 1992).

Als persönliche, weitgehend unveränderliche Merkmale werden das Geschlecht, das Alter und der Gesundheitszustand der Befragten in das Modell aufgenommen (zur genauen Operationalisierung aller Modellvariablen vgl. Fußnoten zu Tabelle 3 im Anhang).

In der öffentlichen Diskussion wurde lange Zeit davon ausgegangen, daß das Einkommensgefälle zwischen Ost und West zur Abwanderung insbesondere der qualifizierten Arbeitnehmer in den Westen beiträgt (vgl. hierzu z.B. die Simulationsstudie von Keil/Newell 1993). Die ex-post-Analysen von Burda (1993) und Schwarze/Wagner (1992) haben diese Vermutung nicht bestätigen können. Ausschlaggebend für die in diesen Studien getestete Umzugsabsicht war vielmehr die Arbeitsplatzsicherheit am ursprünglichen Wohnort. Gleichwohl wird dieser wichtige Aspekt auch in dieser Untersuchung berücksichtigt. Allerdings werden die individuellen ost-westdeutschen Lohndifferentiale nicht direkt berechnet, sondern durch das Humankapital der Individuen approximiert. Dahinter steht die Überlegung, daß aufgrund der geringeren ostdeutschen Lohn-Differenzierung Personen mit einem hohen Ausbildungsniveau durch einen Umzug nach Westdeutschland einen relativ höheren Einkommenszuwachs realisieren können als geringer Qualifizierte (vgl. Bird/Schwarze/Wagner 1993). Das Humankapital der Untersuchungspersonen wird über das Bildungsniveau (institutionell vorgesehene Jahre der Schul- und Berufsausbildung; vgl. hierzu Schwarze 1993) operationalisiert. Die objektive Erfassung des Humankapitals wird ergänzt durch einen subjektiven Indikator, der die Einschätzung der Reaktion der geleisteten Arbeit zum erhalten Lohn innerhalb des ostdeutschen Lohngefüges beinhaltet⁶.

Ein weiterer entscheidender Einflußfaktor für Umzugsabsicht und -realisierung ist die aktuelle allgemeine und individuelle Arbeitsmarktsituation sowie deren erwartete Entwicklung. Der aktuelle Erwerbsstatus wird durch die Merkmale Vollzeitbeschäftigung, Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit oder Ausbildung erfaßt; Referenzgruppe sind die sonstigen nicht erwerbstätigen Personen. Die Stabilität des eigenen Beschäftigungsverhältnisses wird zudem durch die subjektive Einschätzung der Arbeitsplatzsicherheit als Indikator für drohende Arbeitslosigkeit erfaßt. In der spezifischen ostdeutschen Situation kommt darüber hinaus der beruflichen Umschulung und Fortbildung eine besondere Bedeutung zu. Durch solche Maßnahmen kann berufliches Humankapital erworben werden, welches auf dem westdeutschen Arbeitsmarkt konkurrenzfähig ist.

6 Diese Information kann allerdings nur als Proxy-Variable für die Bewertung der Einkommensgerechtigkeit im Jahr 1991 gelten, da sie nur im Frühjahr 1990 erhoben wurde.

Als migrationshemmend dürften sich Faktoren erweisen, die eine starke Bindung an den Arbeitsplatz in Ostdeutschland signalisieren. Eine solche Bindung ist mit längerer Betriebszugehörigkeitsdauer, einer Beschäftigung im öffentlichen Dienst oder einer Tätigkeit in einem neu gegründeten Betrieb mit entsprechend günstigen Zukunftsperspektiven zu erwarten.

Ein mittlerweile fester Bestandteil des deutschen Arbeitsmarktes sind die Ost-West-Pendler. Die Zahl dieser Pendler ist von 84.000 im Jahre 1990 auf 422.000 im Jahre 1992 stark angestiegen (vgl. Autorengemeinschaft 1992, S. 466). Die Meinungen darüber, wie sich Pendeln auf das Migrationsverhalten auswirkt, gehen stark auseinander. Sowohl für einen migrationshemmenden als auch -fördernden Einfluß des Pendelns gibt es gute Begründungen. Für die Umzugsabsicht hat Burda (1993) allerdings festgestellt, daß Westpendler eine überdurchschnittlich starke Umzugsneigung äußern. Als Pendler werden im Modell diejenigen Personen betrachtet, die in Ostdeutschland wohnen, jedoch in Westdeutschland arbeiten⁷.

Das familiäre und soziale Umfeld sowie die Haushaltssituation wird durch die Frage nach einem im gleichen Haushalt wohnenden Partner, dessen Erwerbsstatus sowie der Frage nach Kindern - differenziert nach Altersgruppen - nachgebildet. Darüber hinaus wird das verfügbare Pro-Kopf-Einkommen des Haushaltes in das Modell aufgenommen. Von Bedeutung für Migrationsentscheidungen ist zudem, ob Wohnungs- oder Hauseigentum vorhanden ist. Die Merkmale des familiären und sozialen Umfelds werden zusätzlich ergänzt durch Informationen darüber, ob jemand Freunde oder Verwandte in Westdeutschland hat. Bereits vorhandene soziale Kontakte am Zielort dürften von erheblichen Einfluß auf das Migrationsverhalten sein.

Die Lebensbedingungen am Wohnort, von denen wichtige "push"-Impulse ausgehen dürften, werden schließlich durch die Größe des Wohnortes sowie die Zufriedenheit mit dem regionalen Umweltzustand abgebildet.

Alle Einflußfaktoren werden für das Modell der Migrationsabsicht auf der Basis der zweiten Welle der SOEP-Erhebung von 1991 ermittelt. Für das Modell der Migrationsrealisierung werden grundsätzlich die Befragungsergebnisse der dritten Welle von 1992 genutzt. Eine Ausnahme bilden die Personen, die schon im Zeitraum 1991 bis Anfang 1992 nach Westdeutschland umgezogen sind. Als Entscheidungsgrundlage dieser Personen werden die Lebensverhältnisse im Jahr 1991 unterstellt.

7 Eine separate Modellschätzung unter Ausschluß Tab. 2 präsentierten (nicht dokumentiert).

nt zu nahezu gleichen Ergebnissen wie den in

4 Ergebnisse

4.1 Determinanten der Migrationsabsicht

Die Ergebnisse der Modellschätzung für die Migrationsabsicht finden sich in der linken Spalte der Tabelle 2.

*Tab. 2: Determinanten der Migrationsabsicht und der Absichtsrealisierung
(Umzug von Ost- nach Westdeutschland; sequentielle Probitschätzung)*

Kovariaten	Absicht		Realisierung	
	Koeff.	(p)	Koeff.	(p)
(Konstante)	0.0219	(0.9048)	-2.2306**	(0.0002)
Männer	0.1461**	(0.0022)	-0.2698+	(0.0931)
Alter	-0.0211**	(0.0001)	-0.0066	(0.5427)
Älter als 55 Jahre	-0.3612**	(0.0006)	-0.2749	(0.5532)
Mit gesundheitlicher Einschränkung	-0.0269	(0.6140)	-0.2683	(0.1932)
Anzahl Schul-/Berufsbildungsjahre	0.0568**	(0.0001)	0.0682*	(0.0338)
Subjektiv ungerechte Entlohnung	0.1553**	(0.0010)	0.2142~	(0.1581)
Vollzeitbeschäftigt	-0.1287~	(0.1368)	-0.4450~	(0.1552)
In Kurzarbeit	-0.0651	(0.5240)	0.6992+	(0.0615)
Arbeitslos	0.0641	(0.4723)	0.0734	(0.8013)
Von Arbeitslosigkeit bedroht	0.0856~	(0.1291)	0.4994**	(0.0098)
In Ausbildung	0.3370**	(0.0024)	0.1226	(0.7105)
In Fortbildung	0.1112	(0.3392)	-0.6018+	(0.0912)
Betriebszugehörigkeitsdauer (J.)	-0.0043+	(0.0939)	-0.0101	(0.3843)
Im öffentlichen Dienst	-0.1040+	(0.0837)	-0.0720	(0.7246)
In neu gegründetem Betrieb	-0.2090~	(0.1054)	-0.6461~	(0.1251)
Pendler nach Westdeutschland	0.2985*	(0.0228)	1.2378**	(0.0001)
Mit Partner zusammenlebend	-0.1919**	(0.0078)	0.1728	(0.5027)
Partner erwerbstätig	0.0451	(0.4541)	-0.5099*	(0.0285)
Partner arbeitslos	0.1127	(0.2148)	-0.3164	(0.2659)
Kinder unter 6 Jahre im Haushalt	-0.1294+	(0.0503)	0.1501	(0.4718)
Ältere Kinder bis 16 J. im Haushalt	0.0426	(0.4291)	0.1519	(0.3477)
Verwandte in Westdeutschland	0.2130**	(0.0001)	0.4064*	(0.0100)
Freunde in Westdeutschland	0.0987~	(0.1193)	0.2562~	(0.1221)
Haushaltseinkommen pro Kopf (DMx100)	0.0198*	(0.0250)	-0.0141	(0.5193)
Wohnungseigentümer	-0.3426**	(0.0001)	0.1084	(0.6048)
Dorf-, Kleinstadtbewohner	-0.3317**	(0.0001)	-0.2285	(0.2818)
Großstadtbewohner	-0.1478*	(0.0199)	0.1854	(0.3087)
Unzufrieden mit Umweltsituation	0.1995**	(0.0001)	0.1256	(0.4279)
N:	3.904		1.264	
Mittelwert der abhängigen Variablen:	0,360		0,047	
Log Likelihood:	-2144,4		-181,8	
Likelihood-Ratio-Statistic:	907,9**		201,7**	

Abhängige Variablen:

Spalte 1: 1 = Absichtserklärung im Jahr 1991, "gerne" oder "unter Umständen" nach Westdeutschland umziehen zu wollen;

Spalte 2: 1 = Umzug nach Westdeutschland im darauffolgenden Zwei-Jahres-Zeitraum.

Fallselektion: Spalte 2: nur Fälle mit Absicht = 1 in Spalte 1; nur Fälle mit gültigen Werten in allen Modellvariablen. Die Fallzahlreduktionen zu Tab. 1 ergeben sich aus fehlenden Werten in einzelnen Kovariaten (insbesondere Haushaltseinkommen).

Signifikanzniveaus: ** (p < 0.01), * (p < 0.05), + (p < 0.10), ~ (p < 0.20).

Quelle: Eigene Auswertung des Sozio-ökonomischen Panels, ostdeutsche Population, Jahre 1990 - 1993.

Alle in das Modell aufgenommenen persönlichen Merkmale haben einen signifikanten Einfluß auf die Bereitschaft, nach Westdeutschland umzuziehen. Männer äußern relativ zu Frauen überdurchschnittlich häufig eine Umzugsabsicht. Es ist zu vermuten, daß sich Männer eher als Frauen durch einen Umzug eine Verbesserung ihrer beruflichen Position erhoffen. Diese Interpretation wird gestützt durch frühere Untersuchungen, die bei ostdeutschen Männern eine stärkere Unzufriedenheit mit ihrem erzielten Einkommen beobachteten als bei Frauen (vgl. Büchel/Pannenberg 1992, S. 549).

Mit zunehmendem Alter reduziert sich erwartungsgemäß der Wunsch nach einer regionalen Veränderung. Dieses Ergebnis ist nicht nur sozial mit einer im höheren Alter zunehmenden örtlichen Gebundenheit, sondern auch ökonomisch dadurch zu erklären, daß sich die individuell verbleibende Zeitspanne verringert, in welcher der durch den Umzug erhöhte Nutzen "konsumiert" werden kann. Der Effekt verstärkt sich zusätzlich bei Personen, die aufgrund ihres Alters (älter als 55 Jahre) nicht mehr oder nur noch bedingt dem Erwerbspotential zuzurechnen sind. Bei älteren Personen ist eine Kumulation mehrerer mobilitätshemmender Effekte zu vermuten: Zum einen verfestigen sich im Zeitverlauf lokale soziale Kontakte, zum anderen reduzieren sich bzw. entfallen - bei Rentnern - monetäre Anreize, die in der Differenz der Ost-West-Arbeitseinkommen bestehen. Für ältere ostdeutsche Arbeitnehmer dürfte sich zudem eine Arbeitsplatzsuche in Westdeutschland nicht zuletzt aufgrund des veralteten Humankapitals als schwierig gestalten (vgl. für entsprechende Befunde bezüglich der ersten Übersiedlerwelle Blaschke 1990, S. 262).

Eine eingeschränkte gesundheitliche Verfassung hemmt die Mobilitätsbereitschaft nur schwach; der Effekt ist nicht signifikant. Es ist nicht auszuschließen, daß die Frage nach längeranhaltenden gesundheitlichen Einschränkungen auch von Personen positiv beantwortet wurde, die gesundheitlich nur gering eingeschränkt sind: Immerhin 30% der Befragten gaben im Befragungsjahr 1991 eine gesundheitliche Einschränkung an.

Mit zunehmendem Bildungsniveau verstärkt sich der Wunsch nach einem Umzug in den Westen deutlich. Hier dürfte zum einen die sich nur langsam abbauende überproportionale Lohndiskriminierung qualifizierter Arbeitskräfte im Entlohnungssystem der ehemaligen DDR wirksam werden, zum anderen die (noch immer) überdurchschnittlich guten Beschäftigungsaussichten hochqualifizierter Erwerbspersonen in Westdeutschland. Bei der Interpretation dieses Ergebnisses ist jedoch zu berücksichtigen, daß mit zunehmendem Ausbildungsniveau generell eine höhere regionale Mobilität zu beobachten ist (vgl. für Westdeutschland Weißhuhn/Büchel 1992). Eine ausgesprochen starke Tendenz zu einer Umzugsabsicht haben zudem Personen, die sich bereits vor der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion gemessen an ihrer Arbeitsleistung ungerecht entlohnt fühlten. Hier zeigt sich die - begründete oder unbegründete - Hoffnung, in der voll entwickelten Marktwirtschaft des

Westens leistungsgerechter bezahlt zu werden.

Ein bemerkenswertes Ergebnis ergibt sich für den Einfluß des aktuellen Erwerbsstatus. Zwar sind Personen, die in der unsicheren wirtschaftlichen Situation noch in der Lage waren, eine Vollzeitstelle zu halten, erwartungsgemäß weniger stark gezwungen, sich mit Umzugsgedanken zu tragen als andere; der Effekt ist jedoch nur auf 15%-Niveau signifikant. Ein Kurzarbeiter- oder gar ein Arbeitslosenstatus erhöht die Bereitschaft nicht, einen Umzug nach Westdeutschland ins Auge zu fassen, um hierdurch eventuell eine Statusverbesserung zu erzielen. Es ist zu vermuten, daß sich die gegenläufigen Tendenzen eines Veränderungswunsches und einer bereits resignativen Einschätzung der eigenen Arbeitsmarktposition überlagern.

Allerdings erhöht sich die Bereitschaft, die Möglichkeit eines Umzugs nach Westdeutschland zu prüfen, falls der eigene Arbeitsplatz explizit subjektiv als bedroht eingeschätzt wird. Interessant ist dieses Ergebnis vor dem Hintergrund des nicht signifikanten Effekts für den Status bereits manifesten Arbeitslosigkeit: Die vielfach lähmende Wirkung von Arbeitslosigkeit scheint sich zu einem Zeitpunkt, zu dem - trotz drohender Arbeitslosigkeit - die Suche nach einem neuen (sichereren) Arbeitsplatz noch on-the-job betrieben werden kann, noch nicht entfaltet zu haben. Diese Beobachtung scheint spezifisch für die Ost-West-Migrationssituation zu sein, ermittelt Böltken (1991) doch allgemein und auch speziell für Ostdeutschland, daß in der Regel nur geringe Neigung besteht, die (sichere) Wohnung aufzugeben, wenn der Arbeitsplatz gefährdet ist.

Personen in Ausbildung planen überdurchschnittlich oft einen Umzug - vermutlich zu einem Zeitpunkt nach Abschluß der Ausbildung - in den Westen. Diese Personengruppe sieht sich mit ihrem frisch erworbenen, westlichen Ansprüchen entsprechendem Humankapital in einer sehr guten Position am Arbeitsmarkt. Eine Fortbildung oder Umschulung übt dagegen keinen signifikanten Einfluß auf die Umzugsabsicht aus. Grund hierfür dürfte das sehr heterogene Fortbildungsangebot sowie die stark unterschiedliche berufliche Situation der Maßnahmeteilnehmer sein.

Mit zunehmender Betriebszugehörigkeitsdauer reduziert sich erwartungsgemäß die Neigung zu einem mit einem Umzug verbundenen beruflichen Neuanfang. Ein gleichgerichteter Effekt ist für Beschäftigte im öffentlichen Dienst und in neu gegründeten Betrieben zu beobachten: Beide Arbeitsplatzmerkmale stehen für eine erhöhte Arbeitsplatzsicherheit und ein vergleichsweise hohes Erwerbseinkommen, die sich jeweils hemmend auf eine Veränderungsneigung auswirken.

Dagegen zeigt sich bei Personen, die zu einem Arbeitsplatz in Westdeutschland pendeln, überdurchschnittlich stark der Wunsch, durch einen Umzug eine Arbeitswegverkürzung zu realisieren. Dieses Ergebnis korrespondiert mit jenem von Scheremet/Schupp (1991), die unter Westpendlern im Ver-

gleich zu Nicht-Pendlern anderthalb mal so viele Personen mit einer Umzugsabsicht ermittelten. Offensichtlich bereitet der Aufbau von Kontakten im Westen und das "Testen" des Arbeitsmarktes in vielen Fällen einen späteren Umzug vor.

Bezüglich des Einflusses des sozialen/familiären bzw. des Haushaltszusammenhangs ergibt sich folgendes Bild. Personen, die mit einem Partner zusammenleben, zeigen sich erwartungsgemäß weniger geneigt, einen Umzug zu planen, als andere. Dieser Einfluß ist hochsignifikant. Die Umzugsabsicht wird offensichtlich gehemmt durch die Notwendigkeit, den Partner in den Entscheidungsprozeß einzubeziehen: Die sozialen, organisatorischen und monetären Transaktionskosten erhöhen sich. Demgegenüber spielt der Erwerbsstatus des Partners bei der Entwicklung einer Umzugsabsicht keine signifikante Rolle. Vermutlich beschränkt sich die Integrationsabsicht in der ersten Phase nach einem geplanten Umzug auf das Bemühen, zumindest für einen der beiden Partner eine Beschäftigung zu finden. Leben Kinder im Vorschulalter im Haushalt, so reduziert sich die Umzugsneigung. Hier könnte zum einen das für Ostdeutschland typische - nach wie vor bessere - Hort- und Kindergartenplatz-Angebot eine entscheidende Rolle spielen. Zum anderen sind Haushalte mit Kleinkindern generell immobiler als andere Haushalte (vgl. für Westdeutschland: Frick 1993). Dagegen beeinflussen ältere Kinder im Haushalt die Umzugsbereitschaft nicht wesentlich. Dieser altersspezifische Unterschied könnte dadurch erklärt werden, daß für Kinder im schulpflichtigen Alter regionalunabhängig Schulplätze garantiert werden.

Enge persönliche Kontakte zu Verwandten in Westdeutschland erhöhen die Neigung, einen Umzug in den Westen zu erwägen, in hochsignifikanter Weise. Verwandtschaftliche Beziehungen zeigen sich somit auch bei sehr langer räumlicher Getrenntheit als außerordentlich integrierend. Der entsprechende Einfluß für freundschaftliche Beziehungen nach Westdeutschland erweist sich dagegen sowohl in der Höhe als auch in der Stärke der Signifikanz als deutlich schwächer; dennoch ist er auf 15%-Niveau signifikant.

Mit höherem Pro-Kopf-Haushaltseinkommen steigt die Bereitschaft, einen Umzug zu erwägen. Dieses auch von Burda (1993) ermittelte Ergebnis erscheint zunächst überraschend. Das Haushaltseinkommen dient jedoch gleichzeitig als Indikator für die berufliche Leistungsfähigkeit bzw. das Ausbildungsniveau der Gesamtheit der Haushaltsmitglieder: Eine höhere berufliche Qualifikation begünstigt die Absicht, in den Westen umzuziehen (vgl. oben). Gleichzeitig ist bei einem höheren Haushaltseinkommen die Möglichkeit zu höheren finanziellen Rücklagen gegeben, die den Problemdruck bei einem geplanten Umzug - beispielsweise bei der Wohnungssuche oder über eine Verlängerung der Job-Suchdauer - entscheidend abschwächen können.

Die untersuchten Regional-Indikatoren des alten Wohnortes wirken signifikant auf die Umzugsab-

sicht. Personen, die in einer dörflichen Umgebung oder in einer Kleinstadt wohnen, zeigen sich deutlich weniger zu einem Umzug geneigt als Personen in einer mittelgroßen Stadt. Hier dürften die typisch engen sozialen Bindungen dieser Wohnortsgrößen hemmend auf eine Umzugsabsicht wirken. Eine etwas schwächere, aber noch immer signifikant starke Bindung an ihren Wohnort zeigen ebenso Bewohner von Großstädten. Hier zeigt sich die traditionelle Anziehungskraft von Ballungszentren, die die Hoffnung auf günstigere Arbeitschancen wecken. Ein ebenfalls starker Einfluß auf eine Umzugsabsicht geht von der subjektiven Einschätzung der ökologischen Situation am alten Wohnort aus. Wird die regionale Umweltsituation als belastend empfunden, so steigt die Bereitschaft, einen Umzug zu erwägen, deutlich an. Ein Umzug wird somit nicht nur aus beruflichen oder verwandtschaftlichen Erwägungen erwogen, sondern auch aus ökologischen Motiven - ein Phänomen, welches schon zu DDR-Zeiten beobachtet werden konnte (vgl. Koller/Jung-Hammon 1993, S. 23).

4.2 Determinanten der Absichtsrealisierung

Im zweiten Modell wird analysiert, welche Personen eine zuvor geäußerte Umzugsabsicht nach Westdeutschland in der Folge tatsächlich realisieren, und welche nicht. Die Ergebnisse sind in der rechten Spalte von Tabelle 2 dargestellt.

Für den Einfluß des Geschlechts ergibt sich ein bemerkenswertes Ergebnis. Wurde für Männer im ersten Modell eine stärkere Umzugsabsicht ermittelt, so sind es nun die Frauen, die einen zuvor beabsichtigten Umzug deutlich häufiger in die Tat umsetzen als die Männer. Dieses Ergebnis dürfte damit zusammenhängen, daß es einer beachtlichen Zahl von familiär gebundenen umzugswilligen Männern nicht gelingt, ihre Partnerin für die Umsetzung der Migrationsabsicht zu gewinnen.

Der nicht mehr signifikante Alterseffekt könnte ein Ergebnis der sequentiellen Modellierung sein, indem schon auf der ersten Modellstufe migrationsunwillige ältere Personen weitestgehend "herausgefiltert" wurden. Ältere Befragungspersonen mit einer altersspezifisch eher untypischen Migrationsabsicht realisieren ihre Absicht in gleichem Maße wie jüngere Umzugswillige.

Eine überdurchschnittlich hohe Realisierungsquote zeigt sich bei besser qualifizierten Personen. Diese sind somit nicht nur umzugswilliger, sondern auch zielstrebig bei der Umsetzung dieser Absicht als geringer Qualifizierte. Dieses Ergebnis dürfte auf die besseren Arbeitsmarktchancen für gut ausgebildete Erwerbspersonen zurückzuführen sein und bestätigt die Befürchtungen, daß insbesondere die gut Ausgebildeten Ostdeutschland verlassen. Eine schnellere Anpassung der qualifikationsorientierten Entlohnungsstrukturen in Ostdeutschland an das westdeutsche Muster könnte diesem

Effekt entgegenwirken (vgl. dazu Bird/Schwarze/Wagner 1993). Auch die subjektive Bewertung der eigenen Leistungsfähigkeit, die Einschätzung der individuellen Lohn-/Leistungsgerechtigkeit, wirkt sich auf die Umzugsrealisierung aus: Das Gefühl, ungerecht entlohnt zu werden, fördert nicht nur die Herausbildung einer Umzugsabsicht, sondern auch die Neigung, eine Umzugsabsicht auch tatsächlich zu realisieren; der Effekt realisiert sich allerdings nur auf schwachem Signifikanzniveau. Die deutlich stärkere Wirkung dieser Variablen auf die Umzugsabsicht als auf die Umzugsrealisierung bestätigt die Einschätzung von Schwarze/Wagner (1992), daß der Lohn- und Einkommenspolitik in Ostdeutschland zur Verhinderung von massenhafter Abwanderung in den Westen nicht die herausragende Rolle zukommt, die ihr in der Diskussion der "ersten Stunde" nach der Wiedervereinigung beigemessen wurde.

Bei den übrigen Merkmalen der Arbeitsplatzsituation zeigt sich ein differenziertes Bild. Der Erwerbsstatus erweist sich als wirksamer bei der Umzugsrealisierung als bei der Formulierung der Umzugsabsicht. Eine Vollzeitbeschäftigung hemmt die Bereitschaft, eine zuvor geäußerte Umzugsabsicht tatsächlich umzusetzen; allerdings ist der Effekt nur schwach signifikant. Demgegenüber läßt sich bei Kurzarbeitern ein stärkerer Realisierungsdruck erkennen: Die Unsicherheit des Arbeitsplatzes in einer nichtprosperierenden Branche wirkt stark mobilisierend. Demgegenüber zeigen Arbeitslose, wie bereits bei der Äußerung der Umzugsabsicht, gegenüber Nichterwerbstätigen keine höhere Mobilität. Hier dürfte der durch die Jobsuche bedingte Veränderungsdruck zu einem großen Teil resignativ überlagert werden. Von sehr starkem Einfluß ist dagegen die explizite subjektive Einschätzung der Arbeitsplatzsicherheit. Waren Personen, die sich von Arbeitslosigkeit bedroht fühlten, im ersten Schritt nur knapp signifikant stärker geneigt, einen Umzug ins Auge zu fassen, so sind sie es nun, die eine einmal gefaßte Umzugsentscheidung mit Entschiedenheit in die Tat umsetzen. Auch hier ist der Unterschied zum Ergebnis, welches für bereits realisierte Arbeitslosigkeit ermittelt wurde, von Bedeutung: Die on-the-job-Suche nach einem Arbeitsplatz im Westen, die zwar durch den drohenden Arbeitsplatzverlust intensiv betrieben werden muß, aber noch nicht durch manifeste Arbeitslosigkeit resignativ geprägt ist, scheint die Umzugsrealisierung stark zu fördern.

Diejenigen Umzugswilligen, die sich in Ausbildung befinden, zeigen keine signifikant unterschiedlichen Umzugsquoten gegenüber Nichterwerbstätigen. Es ist zu vermuten, daß ein Umzug erst nach Beendigung der Ausbildung realisiert wird. Im gewählten Zwei-Jahres-Zeitraum, in dem Umzüge beobachtet werden, wird erst ein Teil der umzugsbereiten Auszubildenden einen Abschluß erworben haben, so daß ein eindeutiger Effekt ausbleibt.

Interessant ist die Feststellung, daß die Teilnahme an einer Fortbildung oder Umschulung die Umsetzung einer Umzugsabsicht in signifikanter Form schwächt. Sind ostdeutsche FuU-Maßnahmen zum Teil regionalpolitisch motiviert, sollen also zum Verbleib der Arbeitskräfte am ursprünglichen

Wohnort bewegen, so wird zumindest dieses Teilziel erreicht. Je nach Dauer der Maßnahmen ist jedoch - analog dem Ergebnis für Auszubildende, s. o. - auch ein Verzögerungseffekt hinsichtlich einer Umzugsrealisierung denkbar.

Mit fortschreitender Betriebszugehörigkeitsdauer wird zwar die Umzugsneigung reduziert, nicht aber der Wille, eine zuvor geäußerte entsprechende Absicht auch tatsächlich umzusetzen. Der gleiche Effekt ergibt sich für Beschäftigte des öffentlichen Dienstes. Hat sich also eine "Unzufriedenheit" in diesen privilegierten Arbeitsverhältnissen erst einmal eingestellt, so verlieren diese Arbeitsplatzmerkmale ihren migrationshemmenden Einfluß. Ein anderes Ergebnis ergibt sich dagegen für Beschäftigte in neu gegründeten Betrieben. Die damit verbundenen günstigen Beschäftigungsperspektiven reduzieren nicht nur die Veränderungsneigung, sondern auch die Realisierungsbereitschaft eines zuvor dennoch ins Auge gefaßten Migrationswunsches. Es zeigt sich hier eine zeitlich fortschreitende Verbesserung der individuellen Beschäftigungssituation in diesen Bereichen, die dazu führt, bereits Umzugswillige später von ihrer Absicht abzuhalten - ein arbeitsmarktpolitisch bedeutsames Ergebnis.

Ein wichtiges Resultat ergibt sich auch für das Migrationsverhalten von Pendlern. Diese sind nicht nur deutlich umzugswilliger, sondern setzen die Umzugsabsicht auch weit überdurchschnittlich oft in die Tat um. Zwar zeigen Auswertungen des ostdeutschen Arbeitsmarkt-Monitors, daß Pendeln in den Westen nur in wenigen Fällen als Vorstufe zu einer endgültigen Migration in den Westen beobachtet werden kann (vgl. Baecker/Bielinski 1993, S. 18). Betrachtet man allerdings nicht allein die Gruppe der Pendler, sondern die Gesamtbevölkerung, so erweist sich Pendeln nach Westdeutschland jedoch eindeutig als wichtiger Indikator einer sich abschwächenden regionalen Bindung.

Auch bezüglich des sozialen Umfelds bzw. des Haushaltszusammenhangs umzugsbereiter Personen zeigen sich stark unterschiedliche Effekte hinsichtlich einer späteren Umzugsrealisierung. Das Zusammenleben mit einem Partner, welches zuvor stark hemmend auf die Entwicklung einer Umzugsabsicht wirkte, bleibt nun ohne signifikanten Effekt auf die Umzugsrealisierung. Es dürften sich hinsichtlich eines geplanten Umzugs die gegenläufigen Effekte einer durch das größere Erwerbspotential bedingten erwarteten sozialen Sicherheit und größeren Transaktionskosten bei Umzügen von Mehr-Personen-Haushalten überlagern. Interessant ist die Tatsache, daß nun in diesem zweiten Untersuchungsschritt eine Erwerbstätigkeit des Partners hemmend auf die Umzugsrealisierung wirkt: In diesem Fall fällt der Schritt in eine vielfach ungewissene Zukunft am westdeutschen Arbeitsmarkt offensichtlich deutlich schwerer als im Falle einer - wie dies in den meisten alternativen Situationen der Fall sein dürfte - Hausfrauentätigkeit der Partnerin. Demgegenüber wirkt sich ein Arbeitslosen-Status des Partners ebensowenig wie ein entsprechender Status der Befragungsperson selbst nicht signifikant auf die Umzugsrealisierung aus. Bereits eingetretene Arbeitslosigkeit fördert die Um-

zugsbereitschaft nach Westdeutschland somit weder bei persönlicher Betroffenheit noch bei Auftreten im Haushaltszusammenhang. Zwar gibt es - wie oben gezeigt - eine starke durch drohenden Arbeitsplatzverlust induzierte Abwanderungsneigung; die pessimistische Prognose von Schewe (1993), der eine Arbeitslosen-Wanderung von Ost- nach Westdeutschland erwartet (S. 256), läßt sich mit den vorliegenden Ergebnissen jedoch nicht stützen.

Ebenfalls ohne Einfluß auf die Migrationsentscheidung sind Kinder im Haushalt: Die gegenläufigen Effekte einer Absicht, den Kindern vermeintlich eine bessere Perspektive im Westen zu ermöglichen und der Notwendigkeit, hierfür hohe soziale und monetäre Transaktionskosten in Kauf nehmen zu müssen, überlagern sich offenbar.

Ein sehr starker "Pull"-Effekt geht wiederum von Verwandten im Westen aus: Diese fördern nicht nur eine Umzugsabsicht, sondern erhöhen die späteren Realisierungschancen in hohem Maße. Es ist zu vermuten, daß von West-Verwandten zumindest in der Anfangsphase eines Neubeginns eine wesentliche Starthilfe geboten wird; bemerkenswert ist die Feststellung, daß verwandtschaftliche Beziehungen auch bei sehr langer räumlicher Trennung nicht wesentlich an ihrer Intensität einbüßen. Ein gleichgerichteter Effekt ergibt sich bei engeren freundschaftlichen Beziehungen in den Westen; der Effekt ist jedoch - wie im ersten Teilschritt der Untersuchung - wiederum sowohl in Höhe als auch Signifikanz deutlich schwächer ausgeprägt.

Interessant ist der im Gegensatz zur Absichtserklärung ausbleibende Effekt der Höhe des Haushaltseinkommens und der Frage nach Wohnungseigentum auf die Realisierung einer Umzugsabsicht. Offensichtlich gibt es eine nennenswerte Zahl von Umzugswilligen, die eine schwächere Kapitalausstattung mit einer umso intensiveren Neigung, eine Umzugsabsicht um jeden Preis - vielleicht gerade deswegen, weil der "goldene" Westen bessere Einkommenserwartungen verspricht - realisieren zu wollen, kompensieren. Bei Grundbesitzern besteht zwar eine günstigere finanzielle Ausgangsbasis für einen Umzug, da der Erlös des Wohnungseigentums eine materielle Sicherheit für den Neuanfang bietet. Gleichzeitig wirkt jedoch entgegengesetzt die generell geringere Mobilität von Hausbesitzern einer Umzugsrealisierung entgegen; eine Tendenz, die sich bei der derzeitigen Schwäche am ostdeutschen Immobilienmarkt noch verstärken dürfte.

Im Gegensatz zur Bildung einer Umzugsabsicht wird die spätere Umsetzung dieser Absicht nicht mehr durch die Wohnortssituation beeinflusst. Eine dörfliche oder kleinstädtische sowie eine Großstadtumgebung wirkt zwar ebenso wie die geäußerte Zufriedenheit mit der regionalen Umweltsituation hemmend auf eine Umzugsabsicht. Wer jedoch tatsächlich nach Westdeutschland umziehen will, läßt sich in seinem Entschluß von seiner tatsächlichen Wohnortssituation nicht mehr wesentlich beeinflussen.

5 **Schlußfolgerungen**

Bezüglich der ermittelten Ergebnisse ist zunächst der starke Zusammenhang zwischen erklärter Umzugsabsicht und tatsächlicher Umzugsrealisierung bedeutsam. "Spontane", das heißt in einer früheren Befragung nicht per Absichtserklärung angekündigte Umzüge von Ost- nach Westdeutschland sind kaum zu beobachten. Die Tatsache, daß spätere Umzüge offenkundig längerfristig geplant werden und daß diese tendenzielle Umzugsabsicht einem Interviewer als außenstehender Drittperson auch tatsächlich mitgeteilt wird, eröffnet interessante politikrelevante Möglichkeiten in Bezug auf Migrationsprognosen und politischer Einwirkung auf das Migrationsverhalten bestimmter Zielgruppen. Besonders bemerkenswert erscheint die Tatsache, daß eine Vielzahl von Faktoren benannt werden konnte, die bereits die Umzugsabsicht stark beeinflussen. Dies mag vor dem Hintergrund, daß die Frage nach einer späteren Umzugsabsicht sehr allgemein gestellt wurde und dem daraus resultierenden sehr großen "Umzugspotential" in Ostdeutschland, überraschen. Aus dem Wissen, daß sich spätere Migranten nahezu ausschließlich aus diesem Umzugspotential rekrutieren, und den Informationen darüber, welche der potentiell umzugswilligen Personen ihre Absicht später tatsächlich realisieren, lassen sich Wanderungsbewegungen bereits zu einem sehr frühen Zeitpunkt abschätzen und - falls überhaupt gewollt - durch geeignete politische Maßnahmen beeinflussen.

Die starke Abwanderung von hoch qualifizierten Erwerbspersonen könnte sich längerfristig nachteilig auf den "Standort Ostdeutschland" auswirken. Allerdings ist dieses Ergebnis vor dem Hintergrund zu bewerten, daß besser Qualifizierte generell eine stärkere regionale Mobilitätsneigung aufweisen als weniger gut ausgebildete Personen. Bezüglich des Einflusses der individuellen Arbeitsmarktsituation ist bemerkenswert, daß die beruflichen Erwartungen bzw. die subjektive Arbeitsplatzbewertung das tatsächliche Migrationsverhalten deutlich stärker beeinflussen als die objektiv feststellbare Situation am Arbeitsplatz. Eine ausgeprägte Ost-West-Wanderung von Arbeitslosen ist nicht zu erwarten. Hingegen erzeugt die Unsicherheit am ostdeutschen Arbeitsmarkt eine starke Abwanderungstendenz, die sich hauptsächlich in der Migrationsentscheidung von Personen manifestiert, die sich mittelbar (im Status der Kurzarbeit) oder unmittelbar von Arbeitslosigkeit bedroht sehen. Im Gegensatz zu bereits Arbeitslosen bringen diese Personen offensichtlich noch die Energie auf, sich aktiv um eine Verbesserung ihrer sozialen Situation - auch unter Inkaufnahme hoher Transaktionskosten - zu bemühen. Vor diesem Hintergrund erscheint die Feststellung, daß Personen in Fortbildung und Umschulung tendenziell immobil sind, von Interesse: FuU-Maßnahmen sind somit hinsichtlich ihrer - unterstellten - regionalpolitischen Teilzielsetzung effizient: Die Teilnehmer sind für Dauer der Maßnahme regional gebunden und können in diesem Zeitraum berufliche Perspektiven an ihrem angestammten Wohnort entwickeln.

Von großer Bedeutung erscheint die starke Abwanderungstendenz von Pendlern. Da Pendeln für eine nennenswerte Anzahl von Personen - wie gezeigt - eine Vorstufe der Migration darstellt, zeigen sich die Entwicklungsrelationen zwischen abnehmender Migration und starkem Anwachsen des Pendlerstroms in einem völlig neuem Licht. Bedeutsam erscheint auch das Ergebnis, daß Beschäftigte in neu gegründeten Betrieben eine stark unterdurchschnittliche Migrationsneigung entwickeln; hier zumindest zeigt sich ein wichtiger Effekt des "Aufschwungs Ost".

Abschließend soll darauf hingewiesen werden, daß es eine unzulässige Verkürzung der Betrachtung wäre, nur die tatsächlich realisierten Migrationsbewegungen als relevant einzustufen. In dieser Studie wurde die (eventuelle) Umsetzung einer zuvor geäußerten Absichtserklärung nur über einen Zwei-Jahres-Zeitraum hinweg verfolgt. Es ist nicht auszuschließen, daß einzelne Personengruppen einen längeren Vorlauf zur Umsetzung ihrer Migrationsabsicht benötigen. Vor diesem Hintergrund bleibt die stark überproportionale Vertretung von jüngeren Personen, von Arbeitnehmern, die sich als ungerecht entlohnt betrachten, sowie von Personen in ökologisch stark belasteten Regionen in der Gruppe der Umzugswilligen eine akute arbeitsmarktpolitische Herausforderung. Gelingt es auf absehbare Zeit nicht, diesen Bevölkerungsgruppen durch geeignete politische Entscheidungen längerfristige Perspektiven vor Ort aufzuzeigen, so ist in Zukunft mit systematischen Abwanderungen aus den neuen Bundesländern zu rechnen, die zu starken arbeitsmarktstrukturellen Problemen in Ostdeutschland führen könnten.

Anhang: Dokumentation der Modellvariablen

Tab. 3: Mittelwerte der Modellvariablen

Kovariaten ¹	Modell 1	Modell 2
Männer	0.478	0.524
Alter	43.147	37.137
Älter als 55 Jahre	0.246	0.095
Mit gesundheitlicher Einschränkung ²	0.304	0.232
Anzahl Schul-/Berufsbildungsjahre ³	11.423	11.998
Subjektiv ungerechte Entlohnung ⁴	0.421	0.493
Vollzeitbeschäftigt	0.524	0.575
In Kurzarbeit	0.133	0.033
Arbeitslos	0.097	0.150
Von Arbeitslosigkeit bedroht ⁵	0.303	0.192
In Ausbildung	0.057	0.078
In Fortbildung	0.036	0.068
Betriebszugehörigkeitsdauer (J.)	9.021	6.943
Im öffentlichen Dienst	0.215	0.207
In neu gegründetem Betrieb	0.030	0.097
Pendler nach Westdeutschland	0.030	0.055
Mit Partner zusammenlebend ⁶	0.746	0.656
Partner erwerbstätig	0.396	0.429
Partner arbeitslos	0.076	0.107
Kinder unter 6 Jahre im Haushalt	0.181	0.189
Ältere Kinder bis 16 J. im Haushalt	0.369	0.444
Verwandte in Westdeutschland ⁷	0.268	0.245
Freunde in Westdeutschland ⁸	0.150	0.178
Haushaltseinkommen pro Kopf (DMx100) ⁹	7.576	9.312
Wohnungseigentümer ¹⁰	0.327	0.198
Dorf-, Kleinstadtbewohner ¹¹	0.523	0.364
Großstadtbewohner	0.223	0.232
Unzufrieden mit Umweltsituation ¹²	0.298	0.278
N:	3.904	1.264

Fußnoten Anhang:

- 1 Generierungszeitpunkte: Modell 1: 1991 (Ausn. s. unten), Modell 2: 1991 bzw. 1992 (je nach Zeitpunkt des Umzugs; vgl. Abschnitt 3.3).
- 2 Operationalisiert über die Frage: "Leiden Sie seit mindestens einem Jahr oder chronisch an bestimmten Beschwerden oder Krankheiten?" (ja/nein).
- 3 Operationalisiert über die institutionell vorgesehenen Ausbildungsjahre des erfragten Schul-/Berufsbildungsabschlusses. Berufliche Mehrfachausbildungen werden kumuliert erfaßt.
- 4 Befragung 1990: "Halten Sie Ihr Einkommen, gemessen an Ihrer Arbeitsleistung, eher für gerecht oder für ungerecht?"
- 5 Operationalisiert über die Frage: "Wie wahrscheinlich ist es innerhalb der nächsten zwei Jahre, daß Sie Ihren Arbeitsplatz verlieren?" (Antworten: "ganz sicher" oder "wahrscheinlich": Arbeitsplatz durch Arbeitslosigkeit bedroht).
- 6 Verheiratet, zusammenlebend oder mit festem Partner im Haushalt zusammenwohnend: Partner = ja.
- 7 Ja: nur falls Kontakt zur engsten Kontaktperson = "sehr eng" oder "eng".
- 8 Codierung wie bei "Verwandten".
- 9 monatlich, netto - nach Steuern und Sozialabgaben - (dividiert durch Gesamtzahl der Haushaltsmitglieder).
- 10 Operationalisiert über die Bewohnerstatus der Wohnung; Antwort Haushaltsvorstand: "Bewohne die Wohnung als Eigentümer".
- 11 Dorf/Kleinstadt: bis 10.000 Einwohner; Großstadt: über 200.000 Einwohner).
- 12 Originalfrage mit ordinalen Ausprägungen von 0 bis 10; "unzufrieden": Antworten 0 bis 2.

Literatur

Amemiya, Takeshi (1986): Advanced Econometrics, Oxford.

Autorengemeinschaft (1992): Der Arbeitsmarkt 1992 und 1993 in der Bundesrepublik Deutschland. In: MittAB, Heft 4, S. 457-482.

Baecker, Simone und Bielinski, Harald (1993): West-Pendeln im Zeitverlauf - vertiefende Längsschnittanalysen. In: Arbeiten im Westen - Wohnen im Osten - Ergebnisse des Arbeitsmarkt-Monitors, IAB Werkstattbericht Nr. 18, hg. vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg, S. 12-18.

Bird, Edward J., Schwarze, Johannes und Wagner, Gert (1993): Wage Effects of the Move Toward Free Markets in East Germany. Erscheint in: Industrial and Labor Relations Review.

Blaschke, Dieter (1990): Aussiedler und Übersiedler auf dem bundesdeutschen Arbeitsmarkt. In: Wirtschaftsdienst, Heft 5, S. 256 - 263.

Böltken, Ferdinand (1991): Umzugsabsichten in den alten und neuen Ländern - Ausmaß und Hintergründe der Bereitschaft zu räumlicher Mobilität. In: Projektgruppe "Das Sozio-ökonomische Panel" (Hg.): Lebenslagen im Wandel: Basisdaten und -analysen zur Entwicklung in den Neuen Bundesländern, Frankfurt/M. und New York, S. 318-331.

Bosch, Gerhard und Knuth, Matthias (1993): The labour market in East Germany. In: Cambridge Journal of Economics, Vol. 17, S. 295-308.

Büchel, Felix und Pannenberg, Markus (1992): "Neue Selbständige" in Ostdeutschland. Statusentscheidung, Realisierungschancen und materielle Zufriedenheit. In: MittAB, Heft 4, S. 544-552.

Burda, Michael C. (1993): The determinants of East-West German migration. Some first results. In: European Economic Review, Vol. 37, S. 452-461.

Delbrück, Christopher und Raffelhüschen, Bernd (1993): Die Theorie der Migration. In: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Band 212, Heft 3/4, S. 6.

- Dietz, Frido, Gommlich, Heinz, und Karr, Werner (1992): Ostdeutsche Arbeitnehmer in Westdeutschland. In: MittAB, Heft 4, S. 499-518.
- Frick, Joachim (1993): Demographische Ereignisse im Haushaltskontext als Determinanten räumlicher Mobilität, DIW-Diskussionspapier Nr. 63, Berlin.
- Hallett, A. J. Hughes und Ma, Yue (1993): East Germany, West Germany, and their Mezzogiorno Problem: A Parable for European Economic Integration. In: The Economic Journal, Vol. 103, S. 416 - 428.
- Harris, John R. und Todaro, Michael P. (1970): Migration, unemployment and development: A Two-Sector-Analysis. In: American Economic Review, Vol. 60, S. 126-142.
- Haynes, Kingsley E. und Fotheringham, A. S. (1984): Gravity and spatial interaction models, New Delhi und London.
- Hönekopp, Elmar (1991): Ost-West-Wanderungen: Ursachen und Entwicklungstendenzen. Bundesrepublik Deutschland und Österreich. In: MittAB, Heft 1, S. 115-133.
- Katz, Eliakim und Stark, Oded (1987): International Labor Migration under Asymmetric Information. In: The Economic Journal, Vol. 97, S. 718-726.
- Keil, Manfred und Newell, Andrew (1993): Internal Migration and Unemployment in Germany: An Anglo-Irish Perspective. In: Weltwirtschaftliches Archiv, Vol. 129, S. 514 - 536.
- Körner, Heiko (1993): Die Ost-West-Migration - Eine neue Völkerwanderung? In: Wirtschaftsdienst, Heft 2, S. 79-85.
- Koller, Martin und Jung-Hammon, Thomas (1993): Regionale und sektorale Schwerpunkte des Arbeitsplatzabbaus in Ostdeutschland. In: MittAB, Heft 1, S. 7-27.
- McFadden, Daniel L. (1973): The Measurement of Urban Travel Demand. In: Journal of Public Economics, Vol. 3, S. 303-328.
- Poulain, Michel (1993): L'Europe de la migration. La croisée des chemins. In: Revue suisse de l'Economie politique et de la Statistique, Heft 3, S. 257-281.

- Scheremet, Wolfgang und Schupp, Jürgen (1991): Pendler und Migranten - Zur Arbeitskräftemobilität in Ostdeutschland, DIW-Diskussionspapier Nr. 36, Berlin.
- Schewe, Dieter (1992): Die Zuwanderungen aus Ost-/Südosteuropa nach Deutschland - Stand und künftige Möglichkeiten. In: Sozialer Fortschritt, Heft 11, S. 251-256.
- Schupp, Jürgen und Wagner, Gert (1991): Die Ost-Stichprobe des Sozio-ökonomischen Panels - Konzept und Durchführung der "SOEP-Basiserhebung" in der DDR. In: Projektgruppe "Das Sozio-ökonomische Panel" (Hg.): Lebenslagen im Wandel: Basisdaten und -analysen zur Entwicklung in den neuen Bundesländern, Frankfurt/M. und New York, S. 25-41.
- Schwarze, Johannes (1993): Qualifikation, Überqualifikation und Phasen des Transformationsprozesses. Die Entwicklung der Lohnstruktur in den neuen Bundesländern. In: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Heft 1/2, S. 90-107.
- Schwarze, Johannes und Wagner, Gert (1992): Abwanderung von Arbeitskräften und Einkommenspolitik in Ostdeutschland. In: DIW-Wochenbericht Nr. 5/6, S. 58-61.
- Siebert, Horst (1993): Internationale Wanderungsbewegungen - Erklärungsansätze und Gestaltungsfragen. In: Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik, Heft 3, S. 229-255.
- Sjaastad, Larry A. (1962): The Costs and Returns of Human Migration. In: Journal of Political Economy, Vol. 70, S. 80-83.
- Wagner, Gert (1992): Arbeitslosigkeit, Abwanderung und Pendeln von Arbeitskräften der neuen Bundesländer. In: Sozialer Fortschritt, Heft 4, S. 84 - 89.
- Weißhuhn, Gernot und Büchel, Felix (1992): Betriebswechsel, räumliche Mobilität und Verdienstentwicklung - Eine Longitudinalanalyse sozialversicherungspflichtig Beschäftigter in den Perioden 1977 - 1979 und 1982 - 1984. In: Forschungs- und Sitzungsberichte der Akademie für Raumforschung und Landesplanung Hannover, Band 189, S. 168-199.
- Zimmermann, Klaus F. (1993): Ökonomische Konsequenzen der Migration für den heimischen Arbeitsmarkt. In: Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik, Heft 3, S. 283-301.